

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2024/203682]

6. MAI 2024 — Sonderdekret zur Abberufung von öffentlichen Mandataren und zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft (1)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

Artikel 1 - In Artikel 7 § 3 des Sonderdekrets vom 21. Februar 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule werden folgende Absätze 3 bis 5 eingefügt:

„Unbeschadet der im vorliegenden Sonderdekret oder im allgemeinen Recht enthaltenen Bestimmungen in Sachen Abberufungsrecht können die Gründerpartner aus eigener Initiative oder auf Vorschlag des Verwaltungsrats ein von ihnen in den Verwaltungsrat bezeichnetes Mitglied unter folgenden Bedingungen und zu jedem Zeitpunkt abberufen:

1. wenn ihm ein schwerwiegender Fehler oder eine grobe Fahrlässigkeit bei der Ausübung seines Mandats nachgewiesen werden kann oder

2. wenn ihm eine Handlung oder ein Verhalten, das mit der Ausübung seines Mandats unvereinbar ist, nachgewiesen werden kann oder

3. wenn ihm nachgewiesen werden kann, dass es die in den nachstehenden Rechtstexten festgelegten demokratischen Grundsätze nicht respektiert, bzw. wenn es Mitglied einer Organisation, Partei, Vereinigung oder juristischen Person ist, die die in den nachstehenden Rechtstexten festgelegten demokratischen Grundsätze missachtet:

- Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen, und

- Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des zweiten Weltkrieges vom deutschen nationalsozialistischen Regime begangenen Völkermordes.

Eine Abberufung gemäß Absatz 3 erfolgt nach vorheriger Anhörung, zu der das betroffene Mitglied sich durch eine Person seiner Wahl begleiten lassen darf.

Ein gemäß Absatz 3 abberufenes Mitglied kann für die verbleibende oder die darauffolgende Mandatszeit nicht wieder in den Verwaltungsrat bezeichnet werden.“

Art. 2 - In Artikel 9 § 3 des Sonderdekrets vom 20. Januar 2014 zur Gründung eines Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen werden folgende Absätze 3 bis 5 eingefügt:

„Unbeschadet der im vorliegenden Sonderdekret oder im allgemeinen Recht enthaltenen Bestimmungen in Sachen Abberufungsrecht kann die Regierung aus eigener Initiative, auf Vorschlag einer der in § 1 Absatz 1 Nummern 2 bis 10 angeführten Instanzen oder auf Vorschlag des Verwaltungsrates ein von ihr in den Verwaltungsrat bezeichnetes Mitglied unter folgenden Bedingungen und zu jedem Zeitpunkt abberufen:

1. wenn ihm ein schwerwiegender Fehler oder eine grobe Fahrlässigkeit bei der Ausübung seines Mandats nachgewiesen werden kann oder

2. wenn ihm eine Handlung oder ein Verhalten, das mit der Ausübung seines Mandats unvereinbar ist, nachgewiesen werden kann oder

3. wenn ihm nachgewiesen werden kann, dass es die in den nachstehenden Rechtstexten festgelegten demokratischen Grundsätze nicht respektiert, bzw. wenn es Mitglied einer Organisation, Partei, Vereinigung oder juristischen Person ist, die die in den nachstehenden Rechtstexten festgelegten demokratischen Grundsätze missachtet:

- Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen, und

- Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des zweiten Weltkrieges vom deutschen nationalsozialistischen Regime begangenen Völkermordes.

Eine Abberufung gemäß Absatz 3 erfolgt nach vorheriger Anhörung, zu der das betroffene Mitglied sich durch eine Person seiner Wahl begleiten lassen darf. Die Regierung legt die weiteren Modalitäten bezüglich des Abberufungsverfahrens fest.

Auf Vorschlag der in § 1 Absatz 1 Nummern 2 bis 10 angeführten Instanzen bezeichnet die Regierung für den verbleibenden Zeitraum ein neues Mitglied in den Verwaltungsrat. Ein gemäß Absatz 3 abberufenes Mitglied kann für die verbleibende oder die darauffolgende Mandatszeit nicht wieder in den Verwaltungsrat bezeichnet werden.“

Art. 3 - In Artikel 10 § 3 des Sonderdekrets vom 22. April 2024 zur Schaffung eines Zentrums für inklusive Pädagogik werden folgende Absätze 2 bis 4 eingefügt:

“Unbeschadet der im vorliegenden Sonderdekret oder im allgemeinen Recht enthaltenen Bestimmungen in Sachen Abberufungsrecht kann die Regierung aus eigener Initiative, auf Vorschlag einer der in § 1 Absatz 1 Nummern 1 bis 6 angeführten Instanzen bzw. für die in § 1 Absatz 1 Nummern 7 bis 9 erwähnten Mitglieder, auf Vorschlag des Beirats für Menschen mit einer Beeinträchtigung oder für alle in § 1 Absatz 1 erwähnten Mitglieder auf Vorschlag des Verwaltungsrates ein von ihr in den Verwaltungsrat bezeichnetes Mitglied unter folgenden Bedingungen und zu jedem Zeitpunkt abberufen:

1. wenn ihm ein schwerwiegender Fehler oder eine grobe Fahrlässigkeit bei der Ausübung seines Mandats nachgewiesen werden kann oder

2. wenn ihm eine Handlung oder ein Verhalten, das mit der Ausübung seines Mandats unvereinbar ist, nachgewiesen werden kann oder

3. wenn ihm nachgewiesen werden kann, dass es die in den nachstehenden Rechtstexten festgelegten demokratischen Grundsätze nicht respektiert, bzw. wenn es Mitglied einer Organisation, Partei, Vereinigung oder juristischen Person ist, die die in den nachstehenden Rechtstexten festgelegten demokratischen Grundsätze missachtet:

- Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen, und

- Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des zweiten Weltkrieges vom deutschen nationalsozialistischen Regime begangenen Völkermordes.

Eine Abberufung gemäß Absatz 2 erfolgt nach vorheriger Anhörung, zu der das betroffene Mitglied sich durch eine Person seiner Wahl begleiten lassen darf. Die Regierung legt die weiteren Modalitäten bezüglich des Abberufungsverfahrens fest.

Auf Vorschlag der in § 1 Absatz 1 Nummern 1 bis 6 angeführten Instanzen bzw. für die in § 1 Absatz 1 Nummern 7 bis 9 erwähnten Mitglieder, auf Vorschlag des Beirats für Menschen mit einer Beeinträchtigung, bezeichnet die Regierung für den verbleibenden Zeitraum ein neues Mitglied in den Verwaltungsrat. Ein gemäß Absatz 2 abberufenes Mitglied kann für die verbleibende oder die darauffolgende Mandatszeit nicht wieder in den Verwaltungsrat bezeichnet werden.”

Art. 4 - In Artikel 8 § 4 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, zuletzt abgeändert durch das Sonderdekret vom 26. Juni 2023, wird zwischen die Wortfolge “und die” und die Wortfolge “Mitglieder des Wallonischen Parlaments” die Wortfolge “im Wahlkreis Verviers gewählt” eingefügt.

Art. 5 - Das vorliegende Sonderdekret tritt am 1. September 2024 in Kraft mit Ausnahme des Artikels 4, der am Tag der nächsten vollständigen Erneuerung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Kraft tritt.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Eupen, den 6. Mai 2024

O. PAASCH

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS

Der Vize-Ministerpräsident, Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien

L. KLINKENBERG

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung

—
Fußnote

(1) Sitzungsperiode 2023-2024

Nummerierte Dokumente: 319 (2023-2024) Nr. 1 Sonderdekretvorschlag

319 (2023-2024) Nr. 2 Gutachten des Staatsrats

319 (2023-2024) Nr. 3 Abänderungsvorschläge

319 (2023-2024) Nr. 4 Bericht

319 (2023-2024) Nr. 5 Vom Plenum des Parlaments verabschiedeter Text

Ausführlicher Bericht: 6. Mai 2024 - Nr. 73 Diskussion und Abstimmung

—
MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2024/203682]

6 MAI 2024. — Décret spécial relatif à la révocation de mandataires publics et modifiant la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone (1)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

Article 1^{er}. Dans l'article 7 du décret spécial du 21 février 2005 portant création d'une haute école autonome, le § 3 est complété par trois alinéas rédigés comme suit :

« Sans préjudice des dispositions figurant dans le présent décret spécial ou dans le droit commun en matière de droit de révocation, les partenaires fondateurs peuvent, de leur propre initiative ou sur proposition du conseil d'administration, révoquer un membre qu'ils ont désigné au conseil d'administration dans les conditions suivantes et à tout moment :

1° s'il peut être prouvé qu'il a commis une faute grave ou une négligence grave lors de l'exercice de son mandat ou

2° s'il peut être prouvé qu'il a effectué une action ou a eu un comportement incompatibles avec l'exercice de son mandat ou

3° s'il peut être prouvé qu'il ne respecte pas les principes démocratiques énoncés dans les textes juridiques énumérés ci-après ou, selon le cas, s'il est membre d'une organisation, d'un parti, d'une association ou d'une personne morale qui ne respecte pas lesdits principes :

- la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme et la xénophobie, et

- la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national-socialiste allemand pendant la seconde guerre mondiale.

Il est procédé à une révocation conformément à l'alinéa 3 après la tenue d'une audition préalable lors de laquelle le membre concerné peut se faire accompagner de la personne de son choix.

Un membre révoqué conformément à l'alinéa 3 ne peut être désigné à nouveau au conseil d'administration pour la durée de mandat restante ou suivante. »

Art. 2. Dans l'article 9 du décret spécial du 20 janvier 2014 portant création d'un centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, le § 3 est complété par trois alinéas rédigés comme suit :

« Sans préjudice des dispositions figurant dans le présent décret spécial ou dans le droit commun en matière de droit de révocation, le Gouvernement peut, de sa propre initiative, sur proposition de l'une des instances mentionnées au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2° à 10°, ou sur proposition du conseil d'administration, révoquer un membre qu'il a désigné au conseil d'administration dans les conditions suivantes et à tout moment :

1° s'il peut être prouvé qu'il a commis une faute grave ou une négligence grave lors de l'exercice de son mandat ou

2° s'il peut être prouvé qu'il a effectué une action ou a eu un comportement incompatibles avec l'exercice de son mandat ou

3° s'il peut être prouvé qu'il ne respecte pas les principes démocratiques énoncés dans les textes juridiques énumérés ci-après ou, selon le cas, s'il est membre d'une organisation, d'un parti, d'une association ou d'une personne morale qui ne respecte pas lesdits principes :

- la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme et la xénophobie, et

- la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national-socialiste allemand pendant la seconde guerre mondiale.

Il est procédé à une révocation conformément à l'alinéa 3 après la tenue d'une audition préalable lors de laquelle le membre concerné peut se faire accompagner de la personne de son choix. Le Gouvernement fixe les autres modalités relatives à la procédure de révocation.

Sur proposition des instances mentionnées au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2° à 10°, le Gouvernement désigne un nouveau membre au conseil d'administration pour la période restante. Un membre révoqué conformément à l'alinéa 3 ne peut être désigné à nouveau au conseil d'administration pour la durée de mandat restante ou suivante. »

Art. 3. Dans l'article 10 du décret spécial du 22 avril 2024 portant création d'un Centre de pédagogie inclusive, le § 3 est complété par trois alinéas rédigés comme suit :

« Sans préjudice des dispositions figurant dans le présent décret spécial ou dans le droit commun en matière de droit de révocation, le Gouvernement peut, de sa propre initiative, sur proposition de l'une des instances mentionnées au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1° à 6°, ou, pour les membres mentionnés au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 7° à 9°, sur proposition du Conseil consultatif pour les personnes handicapées, ou, pour tous les membres mentionnés au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, sur proposition du conseil d'administration, révoquer un membre qu'il a désigné au conseil d'administration dans les conditions suivantes et à tout moment :

1° s'il peut être prouvé qu'il a commis une faute grave ou une négligence grave lors de l'exercice de son mandat ou

2° s'il peut être prouvé qu'il a effectué une action ou a eu un comportement incompatibles avec l'exercice de son mandat ou

3° s'il peut être prouvé qu'il ne respecte pas les principes démocratiques énoncés dans les textes juridiques énumérés ci-après ou, selon le cas, s'il est membre d'une organisation, d'un parti, d'une association ou d'une personne morale qui ne respecte pas lesdits principes :

- la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme et la xénophobie, et

- la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national-socialiste allemand pendant la seconde guerre mondiale.

Il est procédé à une révocation conformément à l'alinéa 2 après la tenue d'une audition préalable lors de laquelle le membre concerné peut se faire accompagner de la personne de son choix. Le Gouvernement fixe les autres modalités relatives à la procédure de révocation.

Sur proposition des instances mentionnées au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1° à 6°, ou, pour les membres mentionnés au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 7° à 9°, sur proposition du Conseil consultatif pour les personnes handicapées, le Gouvernement désigne un nouveau membre au conseil d'administration pour la période restante. Un membre révoqué conformément à l'alinéa 2 ne peut être désigné à nouveau au conseil d'administration pour la durée de mandat restante ou suivante. »

Art. 4. Dans l'article 8, § 4, alinéa 1^{er}, 1^o, de la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, modifié en dernier lieu par le décret spécial du 26 juin 2023, les mots « les membres de la Chambre des Représentants et les membres du (Parlement wallon) élus dans la circonscription électorale de Liège » sont remplacés par les mots « les membres de la Chambre des Représentants élus dans la circonscription électorale de Liège et les membres du Parlement wallon élus dans la circonscription électorale de Verviers ».

Art. 5. Le présent décret spécial entre en vigueur le 1^{er} septembre 2024, à l'exception de l'article 4, lequel entre en vigueur le jour du prochain renouvellement intégral du Parlement de la Communauté germanophone.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur Belge*.

Eupen, le 6 mai 2024.

O. PAASCH,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

A. ANTONIADIS,

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement

I. WEYKMANS,

La Ministre de la Culture et des Sports, de l'Emploi et des Médias

L. KLINKENBERG,

La Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

—————
Note

(1) Session 2023-2024

Documents parlementaires : 319 (2023-2024) n^o 1 Proposition de décret spécial

319 (2023-2024) n^o 2 Avis du Conseil d'État

319 (2023-2024) n^o 3 Propositions d'amendement

319 (2023-2024) n^o 4 Rapport

319 (2023-2024) n^o 5 Texte adopté en séance plénière

Compte rendu intégral : 6 mai 2024 - n^o 73 Discussion et vote

—————
MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2024/203682]

6 MEI 2024. — Bijzonder decreet tot afzetting van houders van een openbaar mandaat en tot wijziging van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap (1)

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt:

Artikel 1. Artikel 7, § 3, van het bijzonder decreet van 21 februari 2005 houdende oprichting van een autonome hogeschool wordt aangevuld met een derde tot vijfde lid, luidende:

"Met behoud van de toepassing van de bepalingen inzake afzettingsrecht vervat in dit bijzonder decreet of in het algemene recht kunnen de oprichtingspartners op eigen initiatief of op voorstel van de raad van bestuur een door hen in de raad van bestuur aangesteld lid onder de volgende voorwaarden te allen tijde afzetten:

1^o als kan worden bewezen dat het betrokken lid in de uitoefening van zijn mandaat een zware fout of een grove nalatigheid heeft begaan of

2^o als kan worden bewezen dat het betrokken lid een handeling of een gedraging heeft gesteld die onverenigbaar is met de uitoefening van zijn mandaat of

3^o als kan worden bewezen dat het betrokken lid de democratische beginselen die in de volgende rechtsteksten zijn vastgelegd, niet in acht neemt of lid is van een organisatie, partij, vereniging of rechtspersoon die de democratische beginselen die in de volgende rechtsteksten zijn vastgelegd, niet in acht neemt:

- wet van 30 juli 1981 tot bestraffing van bepaalde door racisme of xenofobie ingegeven daden; en

- wet van 23 maart 1995 tot bestraffing van het ontkennen, minimaliseren, rechtvaardigen of goedkeuren van de genocide die tijdens de Tweede Wereldoorlog door het Duitse nationaalsocialistische regime is gepleegd.

Een afzetting overeenkomstig het derde lid vindt plaats na een voorafgaande hoorzitting waarop het betrokken lid zich mag laten begeleiden door een persoon van zijn keuze.

Een lid dat overeenkomstig het derde lid wordt afgezet, kan niet opnieuw als lid van de raad van bestuur worden aangesteld voor de resterende of de daaropvolgende mandaatstermijn."

Art. 2. Artikel 9, § 3, van het bijzonder decreet van 20 januari 2014 tot oprichting van een centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren wordt aangevuld met een derde tot vijfde lid, luidende:

"Met behoud van de toepassing van de bepalingen inzake afzettingsrecht vervat in dit bijzonder decreet of in het algemene recht kan de Regering op eigen initiatief, op voorstel van een van de in § 1, eerste lid, 2^o tot 10^o, vermelde instanties of op voorstel van de raad van bestuur een door haar in de raad van bestuur aangesteld lid onder de volgende voorwaarden te allen tijde afzetten:

1^o als kan worden bewezen dat het betrokken lid in de uitoefening van zijn mandaat een zware fout of een grove nalatigheid heeft begaan of

2^o als kan worden bewezen dat het betrokken lid een handeling of een gedraging heeft gesteld die onverenigbaar is met de uitoefening van zijn mandaat of

3° als kan worden bewezen dat het betrokken lid de democratische beginselen die in de volgende rechtsteksten zijn vastgelegd, niet in acht neemt of lid is van een organisatie, partij, vereniging of rechtspersoon die de democratische beginselen die in de volgende rechtsteksten zijn vastgelegd, niet in acht neemt:

- wet van 30 juli 1981 tot bestraffing van bepaalde door racisme of xenofobie ingegeven daden; en

- wet van 23 maart 1995 tot bestraffing van het ontkennen, minimaliseren, rechtvaardigen of goedkeuren van de genocide die tijdens de Tweede Wereldoorlog door het Duitse nationaalsocialistische regime is gepleegd.

Een afzetting overeenkomstig het derde lid vindt plaats na een voorafgaande hoorzitting waarop het betrokken lid zich mag laten begeleiden door een persoon van zijn keuze. De Regering legt de nadere regels voor de afzettingsprocedure vast.

Op de voordracht van de instanties vermeld in § 1, eerste lid, 2° tot 10°, stelt de Regering voor de resterende termijn een nieuw lid aan in de raad van bestuur. Een lid dat overeenkomstig het derde lid wordt afgezet, kan niet opnieuw als lid van de raad van bestuur worden aangesteld voor de resterende of de daaropvolgende mandaatstermijn."

Art. 3. Artikel 10, § 3, van het bijzonder decreet van 22 april 2024 tot oprichting van een centrum voor inclusieve pedagogie wordt aangevuld met een tweede tot vierde lid, luidende:

"Met behoud van de toepassing van de bepalingen inzake afzettingsrecht vervat in dit bijzonder decreet of in het algemene recht kan de Regering op eigen initiatief, op voorstel van een van de in § 1, eerste lid, 1° tot 6°, vermelde instanties resp., voor de in § 1, eerste lid, 7° tot 9°, vermelde leden, op voorstel van de adviescommissie voor mensen met een beperking of, voor alle in § 1, eerste lid, vermelde leden, op voorstel van de raad van bestuur, een door haar in de raad van bestuur aangesteld lid onder de volgende voorwaarden te allen tijde afzetten:

1° als kan worden bewezen dat het betrokken lid in de uitoefening van zijn mandaat een zware fout of een grove nalatigheid heeft begaan of

2° als kan worden bewezen dat het betrokken lid een handeling of een gedraging heeft gesteld die onverenigbaar is met de uitoefening van zijn mandaat of

3° als kan worden bewezen dat het betrokken lid de democratische beginselen die in de volgende rechtsteksten zijn vastgelegd, niet in acht neemt of lid is van een organisatie, partij, vereniging of rechtspersoon die de democratische beginselen die in de volgende rechtsteksten zijn vastgelegd, niet in acht neemt:

- wet van 30 juli 1981 tot bestraffing van bepaalde door racisme of xenofobie ingegeven daden; en

- wet van 23 maart 1995 tot bestraffing van het ontkennen, minimaliseren, rechtvaardigen of goedkeuren van de genocide die tijdens de Tweede Wereldoorlog door het Duitse nationaalsocialistische regime is gepleegd.

Een afzetting overeenkomstig het tweede lid vindt plaats na een voorafgaande hoorzitting waarop het betrokken lid zich mag laten begeleiden door een persoon van zijn keuze. De Regering legt de nadere regels voor de afzettingsprocedure vast.

Op voorstel van de in § 1, eerste lid, 1° tot 6°, vermelde instanties resp., voor de in § 1, eerste lid, 7° tot 9°, vermelde leden, op voorstel van de adviescommissie voor mensen met een beperking stelt de Regering voor de resterende termijn een nieuw lid aan in de raad van bestuur. Een lid dat overeenkomstig het tweede lid wordt afgezet, kan niet opnieuw als lid van de raad van bestuur worden aangesteld voor de resterende of de daaropvolgende mandaatstermijn."

Art. 4. In artikel 8, § 4, eerste lid, 1°, van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, laatstelijk gewijzigd bij het bijzonder decreet van 26 juni 2023, worden de woorden "leden van het Waals Parlement" vervangen door de woorden "van het Waals Parlement".

Art. 5. Dit bijzonder decreet treedt in werking op 1 september 2024, met uitzondering van artikel 4, dat in werking treedt op de dag van de volgende algehele vernieuwing van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 6 mei 2024.

O. PAASCH,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën

A. ANTONIADIS,

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting

I. WEYKMANS,

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media

L. KLINKENBERG,

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

(1) Zitting 2023-2024

Parlementaire stukken: 319 (2023-2024) Nr. 1 Voorstel van bijzonder decreet

319 (2023-2024) Nr. 2 Advies van de Raad van State

319 (2023-2024) Nr. 3 Voorstellen tot wijziging

319 (2023-2024) Nr. 4 Verslag

319 (2023-2024) Nr. 5 Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag: 6 mei 2024 - Nr. 73 Bespreking en stemming